

Professionalisierung des Parlaments - Entfremdung von der Wirtschaft?

**Forschungsprojekt «Verhältnis von Politik und Wirtschaft» im Auftrag des
Club Politique de Berne**

Teilbericht 1

Christian Bolliger, Madleina Ganzeboom

Bern, 17. Februar 2023

Impressum

Auftraggeber:	Club Politique de Berne
Laufzeit Mandat:	März 2022 – März 2023
Projektleitung:	Christian Bolliger
Mitarbeit:	Madleina Ganzeboom
Wissenschaftliche Begleitung:	Adrian Vatter
Projektbegleitung:	René Buholzer, Dominique Reber, Viktor Schmid
Zitiervorschlag:	Bolliger, Christian und Ganzeboom, Madleina (2023). Professionalisierung des Parlaments - Entfremdung von der Wirtschaft? Forschungsprojekt «Verhältnis von Politik und Wirtschaft» im Auftrag des Club Politique de Berne, Teilbericht 1. Bern: Büro Vatter.
Korrespondenzadresse:	Büro Vatter, Politikforschung & -beratung Gerberngasse 27 CH-3011 Bern

Zusammenfassung

Das Milizprinzip als Grundpfeiler des schweizerischen politischen Systems besagt, dass die gesellschaftlichen Gruppen direkt an der politischen Gestaltung beteiligt werden. Vor diesem Hintergrund wurden zwei langfristige Entwicklungen im Bundesparlament analysiert und in Verbindung gebracht: Zum einen der steigende Professionalisierungsgrad des Parlaments, zum anderen die Verankerung des Parlaments in der Wirtschaft als einer wichtigen gesellschaftlichen Gruppe. **Die Kernfrage der Untersuchung lautet, ob die Professionalisierung des Bundesparlament zusehends von der Wirtschaft entfremdet, und wenn ja, mit welchen Folgen.** Die Analyse stützte sich auf die politikwissenschaftliche Literatur zum Thema, auf Auswertungen bestehender Datenbanken und auf 15 Interviews mit Entscheidungsträger/innen aus Wirtschaft und Politik. Die wichtigsten Erkenntnisse lauten wie folgt:

► **Das Halbberufsparlament ist nach wie vor stark in der Wirtschaft verankert:** Die Professionalisierung im Parlament nimmt laufend zu, bleibt aber im internationalen Vergleich niedrig und ein Teilzeiterwerb neben dem Amt bleibt verbreitet. Nach wie vor sind zwei Drittel der Parlamentarier/innen eng mit der Privatwirtschaft verbunden. Ihre Zahl hat seit 1980 bis 2015 sogar zugenommen, war seither jedoch rückläufig. Die allergrössten Konzerne stellen zwar immer weniger Parlamentarier/innen. Dieser Rückzug wird aber durch eine Zunahme an Halbberufspolitiker/innen kompensiert, die über Mandate in Verwaltungsräten und in Wirtschaftsverbänden in der Privatwirtschaft verankert sind. Jedoch hat auch die Präsenz von Bürgergruppen zugenommen.

► **Präsenz im Parlament verleiht Glaubwürdigkeit bei der Interessenvertretung:** Hinsichtlich der Frage, wie stark der politische Einfluss der Wirtschaft von der direkten Präsenz von Wirtschaftsvertreter/innen im Rat abhängt, und inwieweit diese Präsenz durch Lobbying kompensierbar sei, sind die Einschätzungen der interviewten Personen kontrovers. Die einen bejahen diese Kompensationsmöglichkeit, die anderen erkennen einen Glaubwürdigkeitsgewinn und damit eine erhöhte politische Überzeugungskraft vor allem dann, wenn gestandene Unternehmer/innen im Parlament und in der Öffentlichkeit sichtbar für Anliegen der Wirtschaft eintreten.

► **Präsenz im Parlament begünstigt praxisnahe Regulierung:** Gemäss der Erfahrung der Befragten trägt die Präsenz von Personen mit einer Verankerung in der Wirtschaft dazu bei, dass das Parlament praxistaugliche Regulierungen erarbeitet. Es gehe dabei nicht um die Durchsetzung wirtschaftsnaher Interessen, sondern um ein Gegengewicht zu einer professionalisierten und bisweilen als weltfremd empfundenen Verwaltung.

► **Vorteile des Milizsystems bleiben erhalten – Vorwurf der Intransparenz auch:** Aus politikwissenschaftlicher Sicht kann bilanziert werden, dass die dem Milizsystem zugeschriebene Praxisnähe im Halbberufsparlament mindestens teilweise erhalten geblieben ist. Mit der personellen Verflechtung von Politik und Wirtschaft verstummt aber auch die Kritik nicht, wonach das «Teilmilizparlament» die Abhängigkeit der Politiker/innen von Partikulärinteressen und Intransparenz fördere. Der gesellschaftlich breit abgestützten Forderung nach Transparenz sollte die Wirtschaft deshalb mit Offenheit begegnen, und den öffentlichen Dialog mit der Gesellschaft suchen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Fragestellungen.....	1
2	Präsenz wirtschaftlicher Interessen im Parlament	2
2.1	Auf dem Weg zum Vollzeitparlament?.....	2
2.2	Verankerung des Parlaments in der Privatwirtschaft.....	4
2.3	Präsenz wirtschaftlicher und anderer Interessengruppen	6
2.4	Fazit zur Verankerung der Wirtschaft im Parlament	8
3	Entfremdung von Wirtschaft und Parlament?.....	9
3.1	Einschätzungen der befragten Vertreter/innen der Wirtschaft	9
3.2	Fazit aus den Gesprächen.....	11
4	Bilanz und Schlussfolgerungen.....	11
4.1	Bilanz der Befunde	11
4.2	Schlussfolgerungen	12
	Dokumente und Literatur.....	14
	Anhang: Liste der interviewten Personen.....	16
	Anmerkungen	17

1 Einleitung und Fragestellungen

Zwei Beobachtungen bilden den Ausgangspunkt dieses Beitrags: **Erstens** wird in der öffentlichen Debatte das Verhältnis von Wirtschaft und Politik in der jüngeren Vergangenheit oft als krisenhaft beschrieben. Die Rede ist von einer Fragmentierung der wirtschaftlichen Interessen, aber auch von einer Entfremdung von Politik und Wirtschaft, genährt etwa durch die Beobachtung, dass immer weniger Parlamentarier/innen auch wichtige Positionen in der Wirtschaft einnehmen.¹ Dies ausgerechnet in einer Phase, in der das Parlament im Entscheidungsprozess gegenüber der vorparlamentarischen Phase eher an Bedeutung dazugewonnen hat (Bailer und Bütikofer 2022: 200–203, 207; Sciarini 2022; Vatter 2018: 33; Vatter und Wirz 2015).

Zweitens stellt die Politikwissenschaft eine zunehmende Professionalisierung der eidgenössischen Parlamentarier/innen fest, was sich in einem zunehmend höheren Zeitaufwand und höherer Entschädigung der Parlamentarier/innen für ihre Amtstätigkeit äussert. Die Rede ist inzwischen teils von einem Vollzeitparlament (Bütikofer 2017), was es allerdings zu hinterfragen gilt.

In diesem Beitrag wird die Zusammensetzung des eidgenössischen Parlaments im Wandel der letzten Jahrzehnte deshalb näher untersucht. **Dabei lautet die Kernfrage, ob die Professionalisierung und damit die Aushöhlung des Milizgedankens das Parlament zusehends von der Wirtschaft entfremdet, und mit welchen Folgen.**

Die Untersuchung stützt sich auf zwei Arbeitsschritte:

- Es wird zunächst beleuchtet, wie die in der Politikwissenschaft beobachtete zunehmende Professionalisierung des Parlaments mit der Präsenz von Wirtschaftsvertreter/innen zusammenhängt. Diese Analysen stützen sich primär auf Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Literatur und auf eigene Datenauswertungen (vgl. Kapitel 2).
- In einem zweiten Schritt werden die Auswirkungen des beobachteten Wandels diskutiert. (vgl. Kapitel 3). Diese Diskussion stützt sich primär auf qualitative Interviews, die im Rahmen dieses Forschungsprojekts mit 15 Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft geführt wurden. Befragt wurden Parlamentarier/innen, die auch in der Privatwirtschaft verankert sind, Vertreter/innen von Unternehmen, die nicht im Parlament präsent sind, Expert/innen aus dem Bereich Public Affairs sowie Vertreter/innen von Interessenverbänden der Wirtschaft.

Kapitel 4 fasst die Befunde zusammen und stellt sie in den abschliessenden **Schlussfolgerungen** in den Kontext der aktuellen öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte über das Milizsystem und die Transparenz der Interessenbindungen gestellt.

2 Präsenz wirtschaftlicher Interessen im Parlament

In diesem Kapitel wird zunächst beleuchtet, wie sich die zeitliche Belastung im eidgenössischen Parlament seit Ende der 1970er Jahre entwickelt hat. In einem zweiten Schritt wird beschrieben, wie sich seit 1980 die Verankerung der Parlamentarier/innen in der Privatwirtschaft verändert hat. In einem dritten Schritt wird auf die Präsenz von Interessenverbänden

2.1 Auf dem Weg zum Vollzeitparlament?

Dass das eidgenössische Parlament kein Milizparlament (mehr) ist, gilt bereits seit den 1970er Jahren. Schon damals investierten Parlamentarier/innen im Durchschnitt rund die Hälfte ihrer Arbeitszeit in dieses Amt (Kerr 1981). Seither hat der durchschnittliche zeitliche Aufwand für die Amtsausübung weiter zugenommen (Abbildung 1a). Rechnet man zum Aufwand für die eigentliche parlamentarische Arbeit (Sitzungen und Sitzungsvorbereitung) auch noch weitere Tätigkeiten hinzu, die mit dem Parlamentsamt zusammenhängen (Parteiversammlungen, Engagement in Komitees, usw.), so lag 2015 das durchschnittliche Pensum bei 87% (gemessen an einer 42-Wochenstunde). Bütikofer (2017) bilanziert denn auch, die Bundesversammlung sei weder ein Milizparlament noch ein Halbberufsparlament (Riklin und Möckli 1991), sondern «eher als nicht-offizielles Vollzeitparlament» zu bezeichnen.

Abbildung 1: Arbeitsaufwand in den eidg. Räten

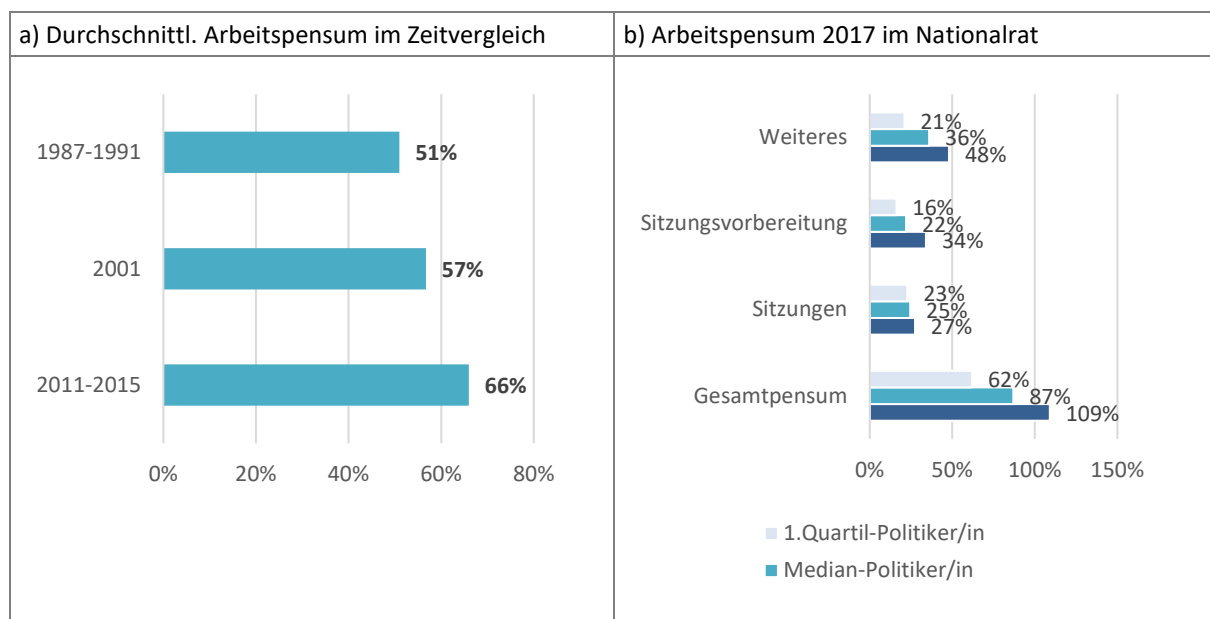


Abbildung a): Quelle: 1987–1991: Riklin und Möckli (1991); Krüger et al. (2001); 2001–2015: Sciarini et al. (2017). Durchschnittlicher Arbeitsaufwand der Parlamentarierinnen. Werte entnommen aus Bütikofer (2017)

Abbildung b): Quelle: Sciarini et al. (2017). Das Arbeitspensum ergibt sich aus der Anzahl geleisteter Stunden pro Jahr, wobei für ein volles Pensum von 48 Wochen à 42 Std. ausgegangen wurde. *Median-Politiker/in*: Die Hälfte der Politiker/innen arbeitet weniger, die andere Hälfte mehr Zeit auf für das Amt. *1.Quartil-Politiker/in*: 25% der Politiker/innen wendet weniger, 75% wenden mehr Zeit auf für das Amt. *3.Quartil-Politiker/in*: 75% der Politiker/innen wendet weniger, 25% wenden mehr Zeit auf für das Amt.

In dieses Bild passen auch die im Langfristvergleich gestiegenen Einkommen aus der parlamentarischen Arbeit, die mit den Löhnen der bestverdienenden Berufsangestellten mithalten können (Sciarini et al. 2017). Als Ausdruck der zunehmenden Professionalisierung sehen Bailer und Bütikofer (2022: 204) auch das sinkende Durchschnittsalter der Parlamentarier/innen.² Das Parlamentsamt werde zunehmend attraktiv für eine Karriere als Berufspolitiker/innen, lautet sinngemäss das Argument.

Das Bild des Vollzeitparlaments ist jedoch aus folgenden Gründen zu relativieren:

- Erstens galten gemäss einer Datenbank der Universität Lausanne (OBELIS 2020) noch 2020 erst eine Minderheit von rund 56 National- und Ständerät/innen als Berufsparlamentarier/in. Bei diesen bildet die parlamentarische Arbeit ihre Haupttätigkeit (Abbildung 2b). Daneben gibt es weitere 30 Berufspolitiker/innen, die neben dem Amt einen weiteren politischen Beruf im engen Sinne ausüben (Exekutivamt in einer Gemeinde oder einem Kanton, Verbandsfunktionär/in).
- Zweitens unterscheidet sich der Zeitaufwand der Parlamentarier/innen stark, wie die Auswertung von Sciarini et al. (2017) zeigt (Abbildung 1b; ähnlich auch Bundi et al. 2018: 321–322). Schon wenn man nur die «mittlere Hälfte» der Nationalrät/innen berücksichtigt, streut der -gesamtaufwand zwischen 62 und 109 Stellenprozent. Das heisst, ein Viertel der Nationalrät/innen wendet weniger als 62% auf und ein Viertel mehr als 109%. Deutlich sind die Unterschiede bei der Sitzungsvorbereitung und v.a. bei den weiteren (zumeist nicht entlohnten) Tätigkeiten. Auch im Ständerat unterscheidet sich die aufgewendete Zeit deutlich.
- Drittens ist festzuhalten, dass der Professionalisierungsgrad des Parlaments im Vergleich mit den übrigen OECD-Ländern niedrig ist. Berücksichtigt man das Grundeinkommen der Parlamentarier/innen, den Zeitaufwand und die Ressourcen der Parlamentsverwaltung, bildete die Schweiz auch 2016 noch das Schlusslicht (Z'graggen und Linder 2004; Galka 2017). Der letzte Punkt bezieht sich auf die *institutionelle* Professionalisierung des Parlaments, die in der Schweiz mit der hier beschriebenen *individuellen* Professionalisierung der Parlamentarier/innen nicht mithält. Ausdruck davon sind z.B. die im internationalen Vergleich nach wie vor niedrigen Mitarbeiterstäbe der Parlamentarier/innen und der Sessionsrhythmus (zusammenfassend: Bailer und Bütikofer 2022; Bütikofer 2014: 62–66).

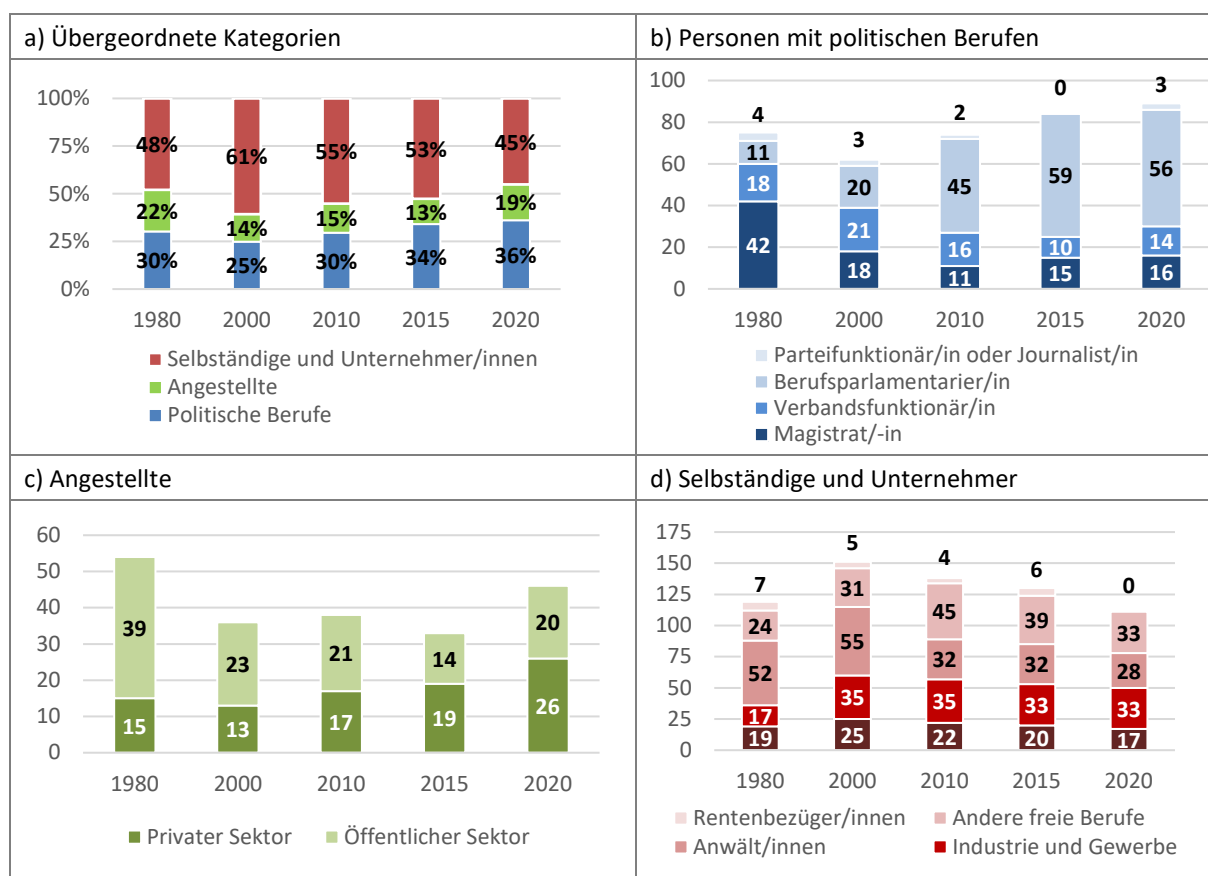
Somit stimmt zwar das Bild vom Milizparlament schon lange nicht mehr, aber ein bedeutender Teil der Parlamentarier/innen sind weiterhin Teilzeitpolitiker/innen, wenn auch mit unterschiedlichen Pensen. Eine Mehrheit von ihnen nimmt hierfür eine zeitliche Gesamtbeanspruchung von 60 Wochenstunden oder mehr auf sich (Krüger 2001: 39). Es scheint im Übrigen auch gerechtfertigt, einen Teil der von Sciarini et al. (2017) erfassten «weiteren Tätigkeiten» als effektive Miliztätigkeit und nicht als «Arbeit» zu bezeichnen, da sie wie andere Freiwilligenarbeit z.B. im Verein nicht entschädigt ist. Die Bezeichnung «Halbberufsparlament» ist somit noch immer angemessen.

2.2 Verankerung des Parlaments in der Privatwirtschaft

In diesem Abschnitt wird zunächst dargestellt, wie sich der (halb-)berufliche Hintergrund der Parlamentarier/innen in den beiden Kammern des eidgenössischen Parlaments von 1980 bis 2020 verändert hat. Die Auswertung stützt sich auf die Datenbank OBELIS (2020), eigene Analysen anhand des Registers der Interessenbindungen sowie auf Interviewaussagen.

Gliedert man die Parlamentarier/innen zunächst in drei grobe Kategorien, zeigt sich eine Pendelbewegung. Von 1980 bis 2000 nimmt der Anteil der selbständig erwerbenden Personen und Unternehmer/innen zunächst zu, und nimmt danach wieder ab. Umgekehrt ist die Entwicklung bei den Angestellten und bei Parlamentarier/innen mit einem politischen Beruf (Abbildung 2a).

Abbildung 2: Berufe der eidg. Parlamentarier/innen, 1980 bis 2020



Quelle: Datenbank OBELIS, Universität Lausanne

Innerhalb der drei Gruppen zeigen einige Veränderungen:

- Politische Berufe: Wie bereits erwähnt, sind Berufsparlamentarier/innen immer noch eine Minderheit, aber ihre Zahl hat sich seit 1980 verdoppelt (Abbildung 2b). Gemäss Pilotti und Di Capua (2019) waren von den neugewählten Parlamentarier/innen sogar 37% Vollzeitpolitiker/innen. Dafür sitzen Magistratinnen und Magistraten auf Gemeinde- und

Kantonebene seit 2000 nur noch selten im National- oder Ständerat, wofür v.a. Unvereinbarkeitsregeln verantwortlich sind (Freiburghaus 2020: 164). Auch die Anzahl Verbandsfunktionär/innen ist seit 2000 eher rückläufig.

- Angestellte: Die Anzahl der Parlamentarier/innen, die im privaten Sektor als Angestellte erwerbstätig sind, war 1980 niedrig und hat sich zuletzt leicht erhöht. Es handelt sich dabei überwiegend um Kaderleute oder Geschäftsführende. Deren geringer Anteil dürfte ein Ausdruck der starken zeitlichen Belastung durch ein Parlamentsamt sein. Die Zahl der Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor im Parlament war eher rückläufig (Abbildung 2c).
- Selbständige und Unternehmer: Der Rückgang in der dritten und grössten Gruppe seit 2000 geht v.a. auf die geringere Präsenz von Anwältinnen und Anwälten im Parlament sowie von Personen mit freien Berufen (nach 2010) und in geringerem Ausmass von Bauern und Bäuerinnen zurück. Die Anzahl Vertreter/innen aus Industrie und Gewerbe hat von 1980 bis 2000 sogar zugenommen und bleibt seither fast konstant.

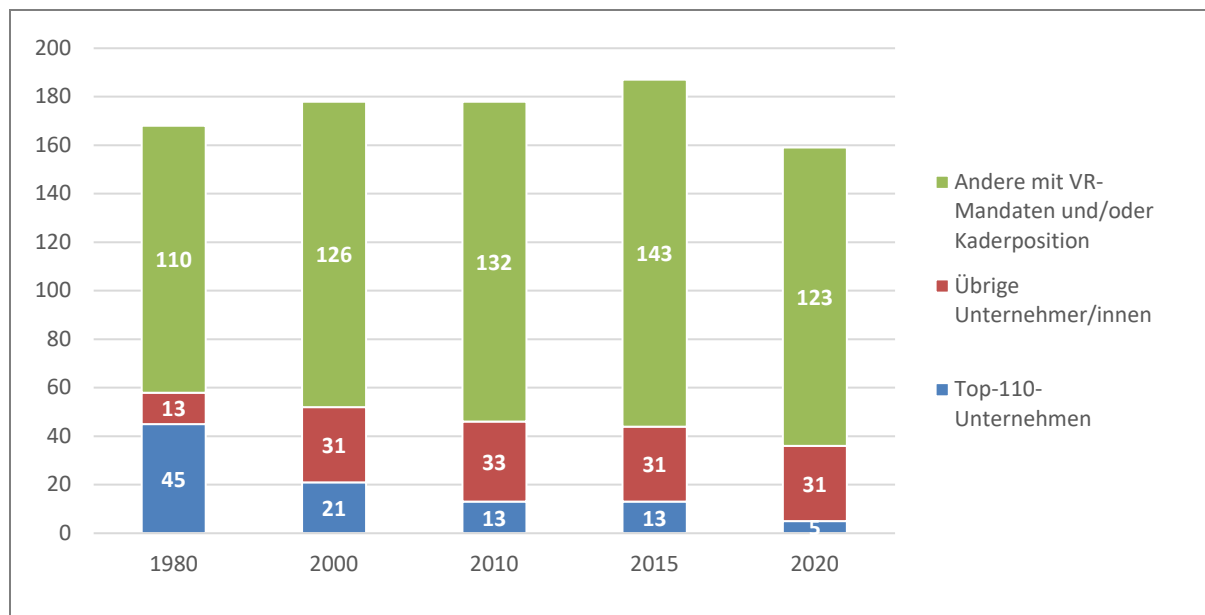
Zusammenfassend spiegelt sich in den Zahlen vor allem der Trend zu einer Professionalisierung des Parlaments, aber nicht eines dramatischen Rückzugs der Wirtschaft aus dem Parlament.

Kombiniert man die Angaben aus der OBELIS-Datenbank mit jenen aus dem amtlichen Register der Interessenbindungen³, so bestätigt sich, dass die Unternehmenswelt weiterhin stark im Parlament präsent ist. Von 1980 bis 2015 hat die Zahl der Parlamentarier/innen, die als Unternehmer/in, Angestellte oder Verwaltungsrat/rätin (auch) eine Verankerung in der Privatwirtschaft haben, sogar noch zugenommen (Abbildung 3).

Auffällig ist dabei jedoch der Rückgang an Vertreter/innen aus den grössten Unternehmen: 2020 war nicht einmal mehr jedes zwanzigste der grössten Unternehmen mit jemandem aus dem Topkader oder dem Verwaltungsratspräsidium im Parlament vertreten (5 Unternehmen), während es 1980 noch 40% waren (45). Die Zahl der weiteren Unternehmer/innen hat hingegen von 1980 bis 2000 zugenommen, seither sind es durchgängig etwas mehr als 30 Personen. Ebenso nahm bis 2015 die Zahl der Personen mit mindestens einem Verwaltungsratsmandat oder einer Kaderposition in der Privatwirtschaft deutlich zu. Auch 2020 traf dies noch auf die Hälfte aller Parlamentarier/innen zu.

Insgesamt zeigt sich somit ausser im letzten Jahrfünft kein Rückgang an Parlamentarier/innen, die in der Privatwirtschaft verankert sind, sondern vor allem eine Verlagerung weg von den allergrössten Unternehmen. Auch 2020 haben noch rund zwei Drittel der Ratsmitglieder einen Fuss in der Privatwirtschaft.

Abbildung 3: Eidg. Parlamentarier/innen mit Verankerung in der Privatwirtschaft, 1980 bis 2020



Quelle: Datenbank OBELIS, Universität Lausanne, und eigene Auswertungen anhand des amtlichen Verzeichnisses der Interessenbindungen. Top-110-Unternehmen gestützt auf OBELIS: Verwaltungsratspräsident/in, Generaldirektor/in sowie geschäftsführendes Vorstandsmitglied der 110 grössten Unternehmen (vgl. David et al. 2020).

2.3 Präsenz wirtschaftlicher und anderer Interessengruppen

Im schweizerischen Halbberufsparlament nimmt die Wirtschaft nicht nur über ihre Mitarbeiter/innen, Chefs und Chefinnen oder Verwaltungsrät/innen Einfluss, sondern auch über Parlamentarier/innen mit einem Sitz im Vorstand, in der Leitung oder in Beiräten von Interessenverbänden.

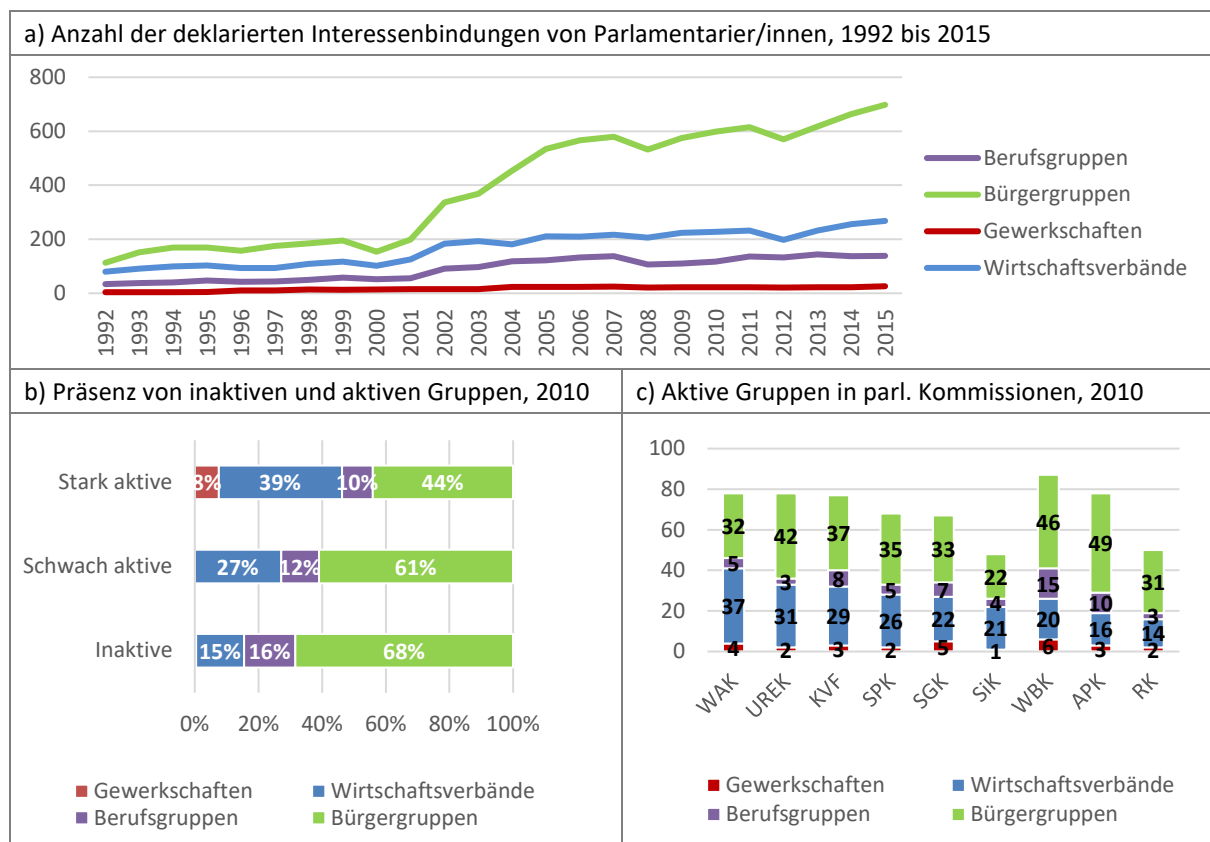
Die Forschung zeigt einen generellen Trend hin zu mehr solchen – auch bezahlten – Verbindungen. Auch steigt die Zahl der Mandate, welche Parlamentarier/innen bei Interessengruppen haben, mit zunehmender Amtsdauer an (Eichenberger und Mach 2017; Gava et al. 2017; Huwyler und Turner-Zwinkels 2020). Beides weist darauf hin, dass Interessengruppen die direkte Präsenz im Parlament als wichtig erachten.

Gemäss Analysen der Universität Genf anhand des Registers der Interessenbindungen werden dabei die wirtschaftlichen Interessengruppen im Parlament jedoch mehr als früher von Bürgergruppen konkurrenziert (Eichenberger 2020). Unter solchen Gruppen versteht der Autor vereinfacht NGO, welche andere Interessen als jene der produzierenden Wirtschaft vertreten (z.B. Umweltschutzorganisationen). So hat die Anzahl der deklarierten Verbindungen von Parlamentarier/innen zu solchen Bürgergruppen insbesondere zu Beginn der Nullerjahre massiv zugenommen. Die Anzahl Verbindungen zu wirtschaftlichen Interessengruppen ist im Vergleich dazu zwar deutlich schwächer, aber ebenfalls gestiegen (Abbildung 4). Dieser scheinbare Boom der Bürgergruppen ist allerdings primär ein Regulierungseffekt. Mussten bis 2000 nur die «wichtigen» Interessenbindungen deklariert werden, wurden ab 2001 die Parlamentarier/innen angewiesen, alle Verbindungen zu

deklarieren. Diese Vorschrift ist seit Ende 2003 im Parlagengesetz verankert. Weitere Auswertungen Eichenbergers zeigen denn auch, dass die Zunahme wohl vor allem politisch weniger engagierte Bürgergruppen betraf. Die Präsenz der nicht-wirtschaftlichen Interessengruppen ist beachtlich, aber die wirtschaftsnahen Interessengruppen sind anteilig stärker engagiert und thematisch stärker konzentriert:

- Bei den wenig oder gar nicht engagierten Interessengruppen sind zwar Bürgergruppen deutlich in der Überzahl. Berücksichtigt man hingegen nur politisch stark aktive Interessengruppen (gemessen anhand ihrer Stellungnahmen in Vernehmlassungen), so sind im Parlament ähnlich viele wirtschaftliche Gruppen (39% aller Gruppen) wie Bürgergruppen (44%, Abbildung 4b) vertreten.
- Die politisch aktiven Interessengruppen der Wirtschaft sind über «ihre» Parlamentarier/innen vor allem in den wirtschaftspolitisch wichtigen Kommissionen vertreten (Abbildung 4c). Dies gilt insbesondere für die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Nur in dieser Kommission sind mehr wirtschaftliche Gruppen als Bürgergruppen präsent. Breit abgestützt sind die wirtschaftlichen Gruppen auch in den «Infrastrukturkommissionen» UREK und KVF.

Abbildung 4: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Gruppen im Parlament



Quelle: Auswertungen von Eichenberger (2020). Zu b) Stark aktive: Gruppen, die sich in der Legislaturperiode 2007-2011 an mehr als 5 Vernehmlassungen beteiligten; schwach aktive: 1-4 Vernehmlassungen; inaktive: Keine Vernehmlassung.

2.4 Fazit zur Verankerung der Wirtschaft im Parlament

Zusammengefasst ergeben sich somit zwei zentrale Beobachtungen zur Verankerung des Parlaments in der Privatwirtschaft, welche sich durch Aussagen aus den geführten Interviews gut untermauern und erklären lassen:

Beobachtung 1: Trotz der voranschreitenden Professionalisierung der eidgenössischen Räte sind nach wie vor zwei Drittel der Parlamentarierinnen und Parlamentarier eng mit der Privatwirtschaft verbunden. Ihre Zahl hat seit 1980 bis 2015 sogar zugenommen, war seither jedoch rückläufig. Es handelt sich dabei überwiegend um Halbberufspolitiker/innen, die über eine tendenziell zunehmende Anzahl an Mandaten in Verwaltungsräten direkt in der Privatwirtschaft verankert sind. Gleichzeitig nimmt aber auch die Zahl der Mandate zu, welche Politiker/innen für Interessengruppen wahrnehmen.

Nach Interviewaussagen lassen sich solche Mandate als Halbberufspolitikerin weiterhin gut mit der parlamentarischen Arbeit verbinden. Das Parlamentsamt parallel zu einem oder mehreren weiteren Einkommen auszuüben, braucht viel zeitliche Flexibilität, die man am ehesten mit solchen Mandaten oder allenfalls als (Mit)Eigentümer/in einer Firma hat, wenn die Firma genügend gross ist, um eine amtsbedingte Abwesenheit durch Stellvertretungen zu lösen. Zwei der befragten Parlamentarier/innen beschrieben im Interview, wie sie die operative Tätigkeit bei ihren Arbeitgebern nach Amtsantritt stark reduzieren mussten. Ein Befragter beschreibt den (faktisch allerdings schwachen) Trend zur Verjüngung des Parlaments als erschwerend für Teilzeitpolitiker/innen, weil in der Lebensphase unter 50 die Vereinbarkeit zwischen Amt und Beruf am niedrigsten sei. Danach sei die Unabhängigkeit vom Arbeitgeber eher gegeben. Dies betreffe ganz besonders Frauen (Zur Vereinbarkeit von Beruf und Milizamt siehe Teilbericht 2 dieses Projekts).

Beobachtung 2: Die Zahl der Unternehmer/innen oder Personen im Top-Kader von Unternehmen, die auch im National- oder Ständerat politisieren ist vor allem darum rückläufig, weil die grössten Unternehmen fast nicht mehr präsent sind. Bei den übrigen Unternehmer/innen ist die Präsenz stabil.

Dass Personen mit Kaderfunktion oder Verwaltungsratspräsidien bei den grössten Unternehmen im Bundesparlament nur noch ausnahmsweise vertreten sind, hängt gemäss den Interviewpartnern nicht nur mit dem gestiegenen Arbeitsaufwand der Parlamentsarbeit zusammen, sondern gemäss den Interviewaussagen vor allem auch mit der Internationalisierung dieser Unternehmen: Ihre Kader sind international zusammengesetzt und die Kadermitarbeitenden müssen auch international mobil sein. Somit kommt ein wachsender Teil dieser Personen als Ausländer/innen für ein Amt im eidgenössischen Parlament gar nicht in Frage, und die Schweizer/innen können es mit ihrem Beruf nicht vereinbaren. Ein Teil der Befragten vermutet, dass in den international geprägten Konzernen auch das Verständnis für den Milizgedanken schwindet, und dass ein politisches Amt im Rahmen der von der internationalen Sicht geprägten Corporate Governance als heikel wahrgenommen wird. Einzelne Befragte äusserten für diese kritische Sicht des Milizsystems Verständnis.

Fazit: Insgesamt kann somit im Überblick der vergangenen 40 Jahre von einer fortschreitenden Professionalisierung des Parlaments gesprochen werden. Damit einhergehend transformierte sich

die Präsenz der Wirtschaft schrittweise und langsam hin zu mehr Halbberufspolitiker/innen, die über Mandate mit der Wirtschaft verbunden bleiben. Ein Rückgang an Unternehmer/innen oder Top-Kaderleuten zeigt sich bislang erst bei den grössten Konzernen.

3 Entfremdung von Wirtschaft und Parlament?

Wie wirkt sich die im vorangehenden Kapitel beschriebene Transformation aus? In den Interviews wurden die Befragten mit vier zumindest teilweise gegensätzlichen Thesen zu den Auswirkungen der Professionalisierung des eidg. Parlaments und insbesondere des Rückzugs der grössten Konzerne aus dem Parlament konfrontiert:

These 1: Mit dem Rückzug der grössten Unternehmen wird der Einfluss der Wirtschaft im Parlament insgesamt geschwächt.

These 2: Mit dem Rückzug der grössten Unternehmen aus dem Parlament verstärkt sich in der Öffentlichkeit das Bild einer abgehobenen Wirtschaftselite, die sich für die Schweiz nicht mehr interessiert – dies schwächt die Interessen der Wirtschaft insbesondere in Volksabstimmungen.

These 3: Die Wirtschaft – wenn auch nicht unbedingt die Top-Konzerne – ist immer noch mit genügend Vertreter/innen im Parlament präsent.

These 4: Die Wirtschaft und auch die grossen Konzerne engagieren sich immer noch stark in der Schweizer Politik und können ihre Interessen auch wahrnehmen. Sie nutzen dazu andere Kanäle wie professionelles Lobbying.

3.1 Einschätzungen der befragten Vertreter/innen der Wirtschaft

Die Thesen wurden von den befragten Vertreter/innen der Wirtschaft zum Teil kontrovers beurteilt.

Viele Befragte erachten die Frage nach der direkten Präsenz der *grössten* Firmen im Parlament (**These 1**) als nicht von besonderer Relevanz. Eher wird generell die Präsenz von Personen, die in der Wirtschaft verankert sind, als weiterhin wichtig betrachtet (siehe weiter unten zu Thesen 3 und 4). In den Interviewantworten zur ersten These offenbart sich durchaus auch die Segmentierung der Wirtschaft. Einzelne Befragte markieren Distanz zu den grössten und international tätigen Konzernen: «Ich bin gar nicht so unglücklich, wenn es im Parlament nicht so viele aus dem Glaspaalast hat». Andere Befragte verweisen auf den Wertschöpfungsbeitrag der internationalen Konzerne zur schweizerischen Volkswirtschaft und warnen davor, die Schweiz nur als binnenwirtschaftliches KMU-Land zu verstehen.

Dass das Bild einer abgehobenen Wirtschaftselite in der Öffentlichkeit bestehe, wird von den wenigsten Befragten explizit in Frage gestellt (**These 2**). Die geringe Präsenz der grössten Unternehmen im Parlament wird jedoch eher als Begleiterscheinung der Internationalisierung, denn als Ursache dieser Wahrnehmung gesehen. Dem Bild entgegenzuwirken, erfordere ein Engagement und eine Bereitschaft von Exponent/innen aus der Wirtschaft, sich in der öffentlichen Diskussion sichtbar einzubringen. Die verstärkten Bemühungen der Wirtschaftsdachverbände, Unternehmer/innen hierzu zu bewegen, gingen in die richtige Richtung. Eine Person liest auch das wieder

erstarke Bemühen der Wirtschaftsdachverbände um Zusammenarbeit bis hin zum Bauernverband als sinnvolles Streben nach mehr Bodenhaftung.

Hinsichtlich der Thesen 3 und 4 äusserten die Befragten unterschiedliche Einschätzungen: Die Befragten gehen überwiegend einig, dass professionelles Lobbying durch Verbände und Public-Affairs-Profis heute einen bedeutenden Anteil an der Interessenwahrnehmung durch die Wirtschaft einnimmt und insgesamt auch funktioniert. Hinsichtlich der Präsenz von Wirtschaftsvertreter/innen im Parlament zeigen sich aber kontroverse Grundhaltungen: Die einen gehen davon aus, dass die Interessen der Wirtschaft ebenso gut durch das Lobbying via Wirtschaftsverbände und von Firmen angeheuerten Public-Affairs-Fachleuten vertreten werden können. Eine befragte Person bilanziert, die (grossen) Firmen seien heute politisch viel engagierter als früher. Eine andere Person ist der Ansicht, die grössten Unternehmen würden vor Regulierungen, die sie betreffen, ohnehin angehört, da sei die Präsenz im Parlament nicht so wichtig.

Die anderen erachten eine direkte Präsenz von privatwirtschaftlich verankerten Personen *erstens* als wichtig für die Glaubwürdigkeit der vertretenen Positionen, und würden sich davon noch mehr wünschen: Ob ein Unternehmer / eine Unternehmerin eine Position vertrete oder nur eine beauftragte Lobbyistin, mache einen Unterschied. Das müssten nicht Repräsentant/innen der grössten Unternehmen sein, aber Köpfe, die für ihr Unternehmen stehen.

Insbesondere für Arbeit in den parlamentarischen Kommissionen bezeichnen die Verfechter/innen dieser These *zweitens* das praxisbezogene Know-how von Personen mit einer guten Verankerung in der Wirtschaft als wichtig. Mehrere Befragte unterschiedlicher politischer Herkunft betonen – und untermauern dies auch mit Fallbeispielen, dass es bei der Präsenz von Wirtschaftsvertreter/innen nicht primär darum gehe, die Interessen der eigenen Branche zu vertreten, sondern darum, die Praxisnähe von Regulierungen sicherzustellen. Berufspolitiker/innen fehle oft der Bezug zur konkreten Praxis. Sie könnten nicht einschätzen, ob eine Regulierung umsetzbar sei oder nicht. Sie würden deshalb so ohne die Gegenargumente von Stimmen aus der Praxis auch weltfremde Regulierungsvorschläge aus der Verwaltung mittragen. Mehrere Befragte berichteten, dass teils auch Mitglieder in den parlamentarischen Sachkommissionen ohne Schützenhilfe von Praktiker/innen bei neuen Regulierungen thematisch überfordert seien. Als gutes Beispiel für die Praxisnähe nannten Befragte unter anderem die Überbrückungskredite für Firmen während der Corona-Krise.⁴

Den Wert der wirtschaftserfahrenen Persönlichkeiten in der parlamentarischen Feinarbeit anerkennen teils auch Befragte, welche die These des Einflussverlusts negieren. Wer noch einen bedeutenden Teil seiner Arbeitszeit für die privatwirtschaftliche Tätigkeit freihalten müsse, sei überdies im Gegensatz zu Berufsparlamentarier/innen auch an einem effizienten Parlamentsbetrieb interessiert. Vereinzelt wird entgegengehalten, auch in einem Berufsparlament könne man sicherstellen, dass die Politiker/innen mit genügend Praxiswissen ausgestattet sind.

3.2 Fazit aus den Gesprächen

Hinsichtlich der Frage, wie stark der politische Einfluss der Wirtschaft von der direkten Präsenz von Wirtschaftsvertreter/innen im Rat abhängt, und inwieweit diese Präsenz durch Lobbying kompensierbar sei, sind die Einschätzungen der befragten Personen kontrovers. Die einen bejahen diese Kompensationsmöglichkeit, die anderen erkennen einen **Glaubwürdigkeitsgewinn**, wenn gestandene Unternehmer/innen im Parlament und in der Öffentlichkeit für Anliegen der Wirtschaft eintreten.

Geht es um die **Praxistauglichkeit politischer Entscheide**, fasst die folgende Antwort aus einem Interview den überwiegenden Tenor in den Interviews gut zusammen: «Es wäre wünschenswert, dass mehr Vertreter mit einem Bein in der Wirtschaft im Parlament präsent sind. Es geht dabei nicht darum, mehr senkrechte Bürgerliche und Rechte zu haben. Es geht um Leute, die ein Verständnis haben, wie es draussen läuft, die wissen, wie die Wirtschaft, das Berufsleben funktioniert».

Bezogen auf die Ausgangsfrage der Studie kann somit insgesamt davon ausgegangen werden, dass der Trend einer zunehmenden Professionalisierung des Parlaments bislang noch nicht zu einer dramatischen Entfremdung des Parlaments von der Wirtschaft geführt hat. Es besteht aber das Risiko, dass dies bei einer weiteren Professionalisierung des Parlaments geschieht. Mögliche negative Folgen davon sind nach Einschätzungen aus der Wirtschaft selbst einerseits ein Glaubwürdigkeitsverlust der Wirtschaft in den parlamentarischen Beratungen, andererseits ein steigendes Risiko praxisfremder Regulierungen.

4 Bilanz und Schlussfolgerungen

4.1 Bilanz der Befunde

Die Kernfrage der vorliegenden Untersuchung lautete, ob die Professionalisierung des Parlaments zusehends von der Wirtschaft entfremdet, und wenn ja, mit welchen Folgen.

Die Professionalisierung des Parlaments schreitet langsam, aber stetig voran. Noch ist aber erst eine Minderheit der Parlamentarier/innen vollberuflich Politiker/in und der Zeitaufwand für das Amt unterscheidet sich erheblich. Im internationalen Vergleich erweist sich der Professionalisierungsgrad als gering.

Das Parlament ist weiterhin in der Wirtschaft stark verankert. **Nach wie vor sind gegen zwei Drittel der Parlamentarier/innen eng mit der Privatwirtschaft verbunden, wobei von 1980 bis 2015 eine Zunahme und seither ein Rückgang zu verzeichnen war.** Es handelt sich dabei überwiegend um Halbberufspolitiker/innen, die über eine zunehmende Anzahl an Mandaten in Verwaltungsräten in der Wirtschaft und in Wirtschaftsverbänden verankert sind. Die Zahl der Unternehmer/innen oder Personen im Top-Kader von Unternehmen, die auch im National- oder Ständerat politisieren, ist vor allem darum rückläufig, weil die grössten und zunehmend international orientierten Unternehmen fast nicht mehr präsent sind. Bei den übrigen Unternehmer/innen

ist die Präsenz bisher stabil. Gleichzeitig hat auch die Präsenz anderer Interessengruppen zugenommen.

Aufgrund der Einschätzungen der befragten Wirtschaftsvertreter/-innen in den geführten Interviews ergeben sich zwei positive Wirkungen aus der nach wie vor hohen Präsenz:

- **Glaubwürdigkeit bei der Interessenvertretung:** Hinsichtlich der Frage, wie stark der politische Einfluss der Wirtschaft von der direkten Präsenz von Wirtschaftsvertreter/-innen im Rat abhängt, und inwieweit diese Präsenz durch Lobbying kompensierbar sei, sind die Einschätzungen der befragten Personen kontrovers. Die einen bejahen diese Kompensationsmöglichkeit, die anderen betonen einen Glaubwürdigkeitsgewinn und damit eine erhöhte Überzeugungskraft bei der Interessenvertretung vor allem dann, wenn gestandene Unternehmer/-innen im Parlament und in der Öffentlichkeit sichtbar für Anliegen der Wirtschaft eintreten. Sie wünschen sich diese Präsenz auch verstärkt in den direktdemokratischen Auseinandersetzungen
- **Praxisnahe Regulierung:** Gemäss Befragten trägt die Präsenz von Personen mit einer Verankerung in der Wirtschaft dazu bei, dass das Parlament praxistaugliche Regulierungen erarbeitet. Sie untermauern dies mit Beispielen aus ihrem beruflichen Horizont. Es geht dabei nicht um die Durchsetzung wirtschaftsnaher politischen Interessen gegen links, sondern um ein Gegengewicht zu einer professionalisierten und bisweilen als weltfremd empfundenen Verwaltung

Bezogen auf die Ausgangsfrage der Studie kann somit insgesamt davon ausgegangen werden, dass der Trend einer zunehmenden Professionalisierung des Parlaments bislang noch nicht zu einer Entfremdung des Parlaments von der Wirtschaft geführt hat. Das Risiko hierfür nimmt aber bei einer weiteren Professionalisierung des Parlaments eher zu. Mögliche negative Folgen davon sind nach überwiegenden Einschätzungen aus der Wirtschaft selbst einerseits ein Glaubwürdigkeitsverlust der Wirtschaft in den parlamentarischen Beratungen, andererseits ein steigendes Risiko praxisfremder Regulierungen.

4.2 Schlussfolgerungen

Dank der nach wie vor starken persönlichen Verbindungen des Parlaments mit der Wirtschaft (und zunehmend auch mit anderen Interessengruppen) sind mehrere Vorteile, die dem eigentlich totgesagten Milizsystem zugeschrieben werden, auch im Teilberufsparlament erhalten geblieben: In den Vordergrund gerückt wurde in dieser Studie der praxisnähere und direktere Austausch zwischen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen und die erhöhte Glaubwürdigkeit und damit Überzeugungskraft von direkt präsenten Wirtschaftsvertreter/-innen in der politischen Debatte. Wer diese Vorteile betonen möchte, könnte deshalb auch von einem «Teilmilizparlament» statt einem Halbberufsparlament sprechen.

Mit der Verflechtung zwischen Wirtschaft und Parlament bleiben aber nicht nur die Vorteile des Milizsystems, sondern auch die Kritik daran aktuell: Der in der Politikwissenschaft schon seit langem vorgetragene Vorwurf der Intransparenz von Leistung und Gegenleistung. Das Milizsystem

«provoziert ungewollte Interessenkollisionen, legitime und weniger legitime Interessenverflechtungen» (Linder 1999: 75–76). Eine strukturelle Ursache der Verflechtung wird in der schwachen institutionellen Professionalisierung des Parlaments gesehen, die sich auch im internationalen Vergleich zeigt: In dieser kritischen Perspektive sind Parlamentarier/innen trotz der erhöhten Entschädigung aus dem Legislativamt nicht nur zur Existenzsicherung nach wie vor darauf angewiesen, nebenbei andere Tätigkeiten auszuüben. Auch ihre Wissensgrundlagen beziehen sie nicht von unabhängigen Fachdiensten des Parlaments, sondern von den Interessengruppen, mit denen sie verbunden sind. Sowohl die Zusatzeinkünfte dank Verbindungen zu Interessengruppen und die Informationsabhängigkeit von externen Quellen führen gemäss Bailer und Bütikofer (2022: 208) «nachweislich zu einem stärkeren und intransparenteren Einfluss von organisierten Interessen».

Die kritische Sichtweise – mag sie auch bestritten werden – hat in den vergangenen Jahren grossen Rückhalt in der Öffentlichkeit gewonnen. Dies zeigt die zunehmend kritische Begleitung der schweizerischen Interessenverflechtungen durch internationale Organisationen (z.B. die Group of States against Corruption des Europarats⁵), Medien und NGO (z.B. Transparency International Schweiz⁶, Lobbywatch.ch⁷). Bisher weitreichendste Folge dieses Diskurses ist der parlamentarische Kompromiss zur Transparenz in der Politikfinanzierung, der im Herbst 2022 in Kraft getreten ist (vgl. Teilbericht 3 dieser Studie). Dass das Prinzip des Vertrauens in der jüngeren Vergangenheit zusehends durch dasjenige der Kontrolle verdrängt wird, ist universell und unumkehrbar. Die Entwicklung zeigt sich nicht nur gegenüber der Politik, sondern auch gegenüber der Verwaltung (Öffentlichkeitsprinzip) und in der Wirtschaft selbst (z.B. Deklarationspflichten gegenüber Aktionär/innen und Kund/innen).

Diesem kritischen Diskurs und den Forderungen nach Transparenz sollte sich die Wirtschaft (und auch andere Interessengruppen) nicht entziehen, sondern mit einer Offenheit begegnen, die idealerweise über die im internationalen Vergleich nach wie vor niedrigen gesetzlichen Minimalvorschriften hinausgeht. Transparenz entzieht dem Vorwurf der Mausehelei den Boden, weil die Interessenvertreter/innen damit erstens in der Öffentlichkeit zu erklären, dass sie die von ihnen vertretenen Interessen für legitim halten und zweitens durch ihr Verhalten in den politischen Entscheidungsprozessen glaubwürdiger als bisher aufzeigen können, dass sie nicht «gekauft» sind, sondern neben der legitimen und sichtbaren Interessenvertretung auch das Gemeinwohl im Auge haben. Im weiteren Sinn gehören zu diesem Vorgehen auch die Sichtbarkeit von «Wirtschaftskapitän/innen» in der öffentlichen Debatte oder Projekte wie die kürzlich angelaufene Initiative «Wir, die Wirtschaft», in der ein «Bürgerdialog» angestrebt wird.⁸

Intransparenz fördert umgekehrt das Risiko, dass der beschriebene Glaubwürdigkeitsgewinn des «Teilmilizparlaments» durch einen allgemeinen Vertrauensverlust wettgemacht wird.

Dokumente und Literatur

- Bailer, Stefanie und Bütikofer, Sarah (2022). «Das Parlament», in: Papadopoulos, Yannis et al. (Hg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich: NZZ Libro, 187–212.
- Bütikofer, Sarah (2014). *Das Schweizer Parlament. Eine Institution auf dem Pfad der Moderne*. Baden-Baden: Nomos.
- Bütikofer, Sara (2017). Vollzeitjob Bundesparlamentarier. *De Facto* vom 24. Juli 2017, <https://www.defacto.expert/2017/07/24/vollzeitjob-bundesparlamentarier/> (besucht am 31.1.2023).
- Bundi, Pirmin; Eberli, Daniela und Bütikofer, Sarah (2018). Zwischen Beruf und Politik: die Professionalisierung in den Parlamenten, in: Vatter, Adrian (Hg.): *Das Parlament in der Schweiz. Macht und Ohnmacht der Volksvertretung*. Zürich: NZZ Libro, 315–345.
- David, Thomas, et al. (2020). *Structure de la base de données sur les élites suisses et composition de l'échantillon (état Novembre 2020)*. Lausanne: Université de Lausanne.
- Eichenberger, Steven (2020). The rise of citizen groups within the administration and parliament in Switzerland. *Swiss Political Science Review* 26(2): 206–227. <https://doi.org/10.1111/spsr.12394>.
- Eichenberger, Steven und Mach, André (2017). Formal ties between interest groups and members of parliament. Gaining allies in legislative committees. *Interest Groups & Advocacy* 6(1): 1–21.
- Freiburghaus, Rahel (2020). „Kuppler unter der Kuppel? Die Scharnierfunktion (ehemaliger) kantonalen Regierungsmitglieder im Ständerat“, in: Mueller, Sean und Vatter, Adrian (Hg.): *Der Ständerat. Die Zweite Kammer der Schweiz*. Zürich: NZZ Libro, 147–180.
- OBELIS – Observatoire des élites suisses (2020). *Base de données des élites suisses de l'Observatoire des élites suisses (OBELIS) de l'Université de Lausanne*. <https://www2.unil.ch/elitessuisses> (besucht am 16.2.23).
- Gava, Roy; Varone, Frédéric; Mach, André; Eichenberger, Steven; Christe, Julien, und Chao-Blanco, Corinne (2017). Interests Groups in Parliament: Exploring MPs' Interest Affiliations (2000–2011). *Swiss Political Science Review* 23(1): 77–94. <https://doi.org/10.1111/spsr.12224>.
- Galka, Sylwia (2017). *Der Grad der Professionalisierung des schweizerischen Parlaments im internationalen Vergleich*. Seminararbeit. Bern: Universität Bern, Institut für Politikwissenschaft.
- Huwyl, Oliver, und Turner-Zwinkels, Tomas (2020). Political or financial benefits? Ideology, tenure, and parliamentarians' choice of interest group ties. *Swiss Political Science Review* 26(1): 73–95. <https://doi.org/10.1111/spsr.12391>.
- Riklin, Alois und Möckli, Silvano (1991). «Milizparlament?», in: Bovey Lechner, Madeleine; Graf, Martin; Huber-Hotz, Annemarie (Hg.): *Das Parlament – «Oberste Gewalt des Bundes»? Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft*. Bern: Haupt, 145–163.
- Kerr, Henry H. (1981). *Parlement et société en Suisse*. Genève: Editions Georgi.

- Krüger, Paul; Schönenberger, Alain M.; Derrer, Michael und Bologna, Claudio (2001). *Entschädigung und Infrastruktur der Parlamentsarbeit*. Genf: Eco'Diagnostic.
- Linder, Wolf (1999). *Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*, 1. Auflage. Bern: Haupt.
- Pilotti, Andrea und Di Capua, Roberto (2019). Die sozio-professionelle Zusammensetzung des Nationalrats 2019–2023. *De Facto* vom 9.11.2019. <https://www.defacto.expert/2019/11/08/die-sozio-professionelle-zusammensetzung-nationalrat/> (besucht am 31.1.2023).
- Sciarini, Pascal (2022). «Le processus législatif», in: Knoepfel, Peter; Papadopoulos, Yannis; Sciarini, Pascal; Vatter, Adrian; Häusermann, Silja (Hg.): *Handbuch der Schweizer Politik*, 7. Auflage. Zürich: NZZ Libro, 595–634.
- Sciarini, Pascal; Varone, Frédéric; Ferro-Luzzi, Giovanni; Cappelletti, Fabio; Garibian, Vahan und Muller, Ismail (2017). *Studie über das Einkommen und den Arbeitsaufwand der Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier*. Genf: Universität Genf.
- Vatter, Adrian (2018). «Einleitung und Überblick: Macht und Ohnmacht des Parlaments in der Schweiz», in: Vatter, Adrian (Hg.): *Das Parlament in der Schweiz. Macht und Ohnmacht der Volksvertretung*, Zürich: NZZ Libro, 17–68.
- Vatter, Adrian und Wirz, Rolf (2015). *Der Einfluss der Bundesversammlung auf die Gesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Parlamentarischen Initiative. Studienbericht erstellt mit finanzieller Unterstützung durch die Parlamentsdienste des Bundes*. Bern: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
- Z'graggen, Heidi und Linder, Wolf (2004). *Professionalisierung der Parlamente im internationalen Vergleich. Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der Schweizerischen Bundesversammlung*. Bern: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.

Anhang: Liste der interviewten Personen

Wirtschaftsdachverbände und weitere Verbände⁹

Stefan Brupbacher, Direktor, Swissmem

René Buholzer, CEO und Delegierter des Vorstands, Interpharma

Roland Müller, Direktor, Arbeitgeberverband

Monika Rühl, Vorsitzende Geschäftsleitung, Economiesuisse

Public Affairs Experten

Hilmar Gernet, Inhaber und Geschäftsführer, Ger.net GmbH

Daniel Piazza, Partner, Dynamics Group (Kantonsrat LU, Die Mitte)

Dominique Reber, Partner, Hirzel.Neef.Schmid.Konsulenten AG

Guido Schommer, Projektleiter, Berater, Partner, reflecta AG

Unternehmer/innen, die auch im Nationalrat sind

Diana Gutjahr (Nationalrätin TG; SVP), Delegierte des VR und Mitinhaberin: Ernst Fischer AG

Lorenz Hess (Nationalrat BE; Die Mitte), PR- und Unternehmensberater mit eigener Firma
(Gemeindepräsident von Stettlen BE)

Eric Nussbaumer (Nationalrat BL; SP), Verwaltungsratspräsident u.a. von ADEV

Daniela Schneeberger (Nationalrätin BL; FDP) Geschäftsleiterin Schneeberger Treuhand AG

Vertreter/innen weiterer Unternehmen

Heinrich Fischer, bis 2022 Präsident des Verwaltungsrats Hilti, Präsident des Steuerungsausschusses von Kompass/Europa

Manuel Rybach, Global Head Public affairs and Policy, Credit Suisse AG

Roman Studer, Head of Governmental Affairs Switzerland, UBS AG

Anmerkungen

¹ Z.B. «Wie viele Schweizer Politiker belegen eine Spitzenposition in der Wirtschaft? Eine Datenanalyse», in *Neue Zürcher Zeitung* vom 12.9.2017.

² <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/fakten-und-zahlen/zahlen-ratsmitglieder> (besucht am 31.1.2023)

³ Gemäss Art. 11 des Parlamentsgesetzes müssen die Ratsmitglieder jährlich ihre Interessenbindungen offenlegen. Darunter fallen berufliche Tätigkeiten, weitere Tätigkeiten in Führungs- und Aufsichtsgremien sowie Beiräten von schweizerischen und ausländischen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, Beratungs- und Expertentätigkeiten für Bundesstellen, Leitungs- und Beratungstätigkeiten für Interessengruppen sowie die Mitwirkung in Kommissionen und anderen Organen des Bundes

⁴ «Die Grösse der Schweiz ist ihre Kleinheit, namentlich in Krisenzeiten – dem gilt es Sorge zu tragen», in *Neue Zürcher Zeitung* vom 24.4.2020

⁵ <https://www.coe.int/en-GB/web/greco/> (besucht am 31.1.2023)

⁶ <https://transparency.ch/> (besucht am 31.1.2023)

⁷ <https://lobbywatch.ch/> (besucht am 31.1.2023)

⁸ «Nach zig Niederlagen an der Urne: Wie Roche, Nestlé und Co. Jetzt die Nähe zum Volk suchen», in *Aargauer Zeitung* vom 13.2.2023.

⁹ Der Schweizerische Gewerbeverband bekundete kein Interesse an einer Teilnahme.